

Presseerklärung

18. April 2007

El Kurdi-Diskussion: Braunschweigs Image darf keinen Schaden nehmen

Die SPD-Ratsfraktion ist besorgt über die bundesweite Diskussion, ob in Braunschweig die Grundrechte auf Meinungs- und Kunstfreiheit verletzt werden. Die in diesem Zusammenhang stehende Stellungnahme des Deutschen Kulturrates und die überregionalen Berichterstattungen fügen dem Image Braunschweigs als weltoffene und tolerante Stadt nachhaltig Schaden zu.

Hervorgerufen wurde sie durch eine Anweisung von Oberbürgermeister Dr. Hoffmann an die städtischen Mitarbeiter/innen, Veranstaltungen unter Beteiligung des Künstlers El Kurdi künftig fernzubleiben, weil dieser sich kontinuierlich in der Öffentlichkeit verletzend und unflätig über ihn geäußert habe.

Die SPD-Ratsfraktion hält Kritik an Personen des öffentlichen Lebens, wie dem Oberbürgermeister, auch in überzeichneter Form für erlaubt (insbesondere in satirischen Beiträgen üblich). Diese Meinungsfreiheit endet allerdings da, wo die Persönlichkeitsrechte eines anderen betroffen sind. Ob das im Grundgesetz verbürgte "Recht der persönlichen Ehre" durch Äußerungen des Künstlers verletzt wurde, müsste gegebenenfalls ein Gericht prüfen.

Für die SPD-Ratsfraktion ist die Anweisung des Oberbürgermeisters an die städtischen Mitarbeiter/innen kein geeignetes Mittel als Antwort auf El Kurdis Kritik. Sie fordert deshalb die umgehende Rücknahme dieser internen Anweisung. Diese Reaktion entspricht auch nicht den sozialdemokratischen Vorstellungen einer kritischen Bürgergesellschaft und der Braunschweiger Tradition als weltoffener und toleranter Stadt.

Die SPD-Ratsfraktion ist weiterhin der Auffassung, dass die kompetenten Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung angemessen und selbstbewusst mit einer solch schwierigen Situation in der Öffentlichkeit umgehen können.

Die positive Berichterstattung über Braunschweig als Stadt der Wissenschaft 2007 darf nicht durch Negativschlagzeilen dieser Art überlagert werden.

gez. Klaus Winter
Fraktionsvorsitzender